

Hinweise gemäß der Informationspflicht nach Art. 13 DSGVO

Diese Erklärung umfasst Informationen darüber, wie und in welchem Umfang sowie zu welchem Zweck personenbezogene Daten im Rahmen von Wahlen des Zentrums für Lehrkräftebildung (ZLB) der Universität Duisburg-Essen (UDE) verarbeitet werden. Die darüber hinaus geltenden allgemeinen Datenschutzerklärungen für die Webseiten des ZLB und der UDE können unter <https://zlb.uni-due.de/datenschutzerklaerung/> und unter <https://www.uni-due.de/de/datenschutz.php> eingesehen werden.

Kontaktdaten des Wahlteams des ZLB

Dr. Andrea Geisler

Dilek Gürsoy-Posse

E-Mail: andrea.geisler@uni-due.de

dilek.guersoy-posse@uni-due.de

Name und Anschrift des Verantwortlichen

Universität Duisburg-Essen

Campus Duisburg:

Forsthausweg 2

47057 Duisburg

Tel.: +49 203 379 – 0

Fax.: +49 203 379 – 3333

Campus Essen:

Universitätsstraße 2

45141 Essen

Tel.: +49 201 183 – 0

Fax.: +49 201 183 – 3536

Website: www.uni-due.de

Die Universität Duisburg-Essen wird vertreten durch ihre Rektorin:

Professorin Dr. Barbara Albert

rektorin@uni-duisburg-essen.de

Campus Duisburg:

Tel.: +49 203 379 – 0

Campus Essen:

Tel.: +49 201 183 – 0

Zuständige Aufsichtsbehörde

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen

Postfach 20 04 44

40102 Düsseldorf

Tel.: 0211/38424-0

Fax: 0211/38424-999

E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

Name und Anschrift des Datenschutzbeauftragten

Der Datenschutzbeauftragte des Verantwortlichen ist:

Dr. Kai-Uwe Loser

(Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Universität Duisburg-Essen)

Forsthausweg 2

47057 Duisburg

Tel.: +49 234 32 28 720

kai-uwe.loser@uni-due.de

Zweck der Verarbeitung

Der Zweck der Verarbeitung ist die Durchführung von Wahlen gem. den geltenden Wahlordnungen an der UDE.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Rechtsgrundlage für die Erstellung von Wählerverzeichnissen ist Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO i. V. m. § 13 Gesetz über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) und der Verordnung zur Durchführung online gestützter Wahlen der Hochschulen und der Studierendenschaften in Nordrhein-Westfalen (Onlinewahlverordnung) sowie der Wahlordnung der Universität Duisburg-Essen vom 28. September 2020 (Verköndungsanzeiger Jg. 18, 2020 S. 713 / Nr. 95) zuletzt geändert durch erste Änderungsordnung vom 06. Mai 2021 (Verköndungsanzeiger Jg. 19, 2021 S. 441 / Nr. 67) und die Organisationsregelung des ZLB.

Die Teilnahme an der Wahl ist freiwillig und erfolgt mit ihrer Einwilligung. Es entstehen Ihnen keine direkten Nachteile, wenn Sie keine Stimmabgabe vornehmen.

Art und Umfang der erfassten Daten

Dem Wahldurchführenden Anbieter POLYAS ist zu keinem Zeitpunkt Ihre Identität bekannt. Um eine Wahlberechtigung zu ermitteln wird das Identity Management der UDE genutzt. Die Wahllisten definieren anschließend gem. Wahlordnung den Kreis der Wahlberechtigten.

Hierzu werden folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet:

Vorname, Name, Anrede, Titel, E-Mail-Adresse, Fakultätszugehörigkeit, Statusgruppe (wiss. MA, MTV, Professor*innen, Studierende).

Dem externen Anbieter werden nur durch eine sog. Hash-Funktion verschlüsselte Pseudonyme IDs und die Zugehörigkeit zur Statusgruppe zur Darstellung des passenden Stimmzettels an einen externen Anbieter von Online-Wahlen (POLYAS GmbH) übermittelt. Der externe Anbieter führt keine Rückschlüsse aus den anonymisierten Hashwerten auf die Wahlberechtigten durch. Die Wahlliste stellt sicher, dass die Wahlberechtigung festgestellt werden kann.

Beim Anmeldevorgang auf der UDE-eigenen Webinstanz für die Onlinewahl wird die Unikennung, also der Benutzer-Account des Zentrums für Informations- und Mediendienste verarbeitet.

Das System zeigt anschließend je nach Berechtigungsstatus einen oder mehrere mögliche Stimmzettel an. Wahlberechtigte können gemäß Wahlordnung bzw. Organisationsregelung eine festgelegte Anzahl von Stimmen vergeben. Die Stimmabgabe erfolgt dabei anonym, d.h. die UDE zieht keine Rückschlüsse zwischen den personenbezogenen Daten der Wähler*innen und der Stimmabgabe. In der verschlüsselten Wahlliste wird eine erfolgte Stimmabgabe vermerkt, um mehrfache Stimmabgaben zu unterbinden.

Es handelt sich hierbei um ein zertifiziertes sog. „Zero Trust Verfahren“ bei dem der externe Anbieter der digitalen Wahlurne (POLYAS GmbH) keine Rückschlüsse auf die Wahlberechtigten ziehen kann und die UDE keine Rückschlüsse auf die getätigte Wahl eines Wahlberechtigten. Die Übermittlung des Wahlergebnisses der Online-Wahl erfolgt in aggregierter Form.

Dauer der Datenspeicherung

Die Daten werden bis zum Ablauf der Wahlperiode (4 Jahre, bzw. 1 Jahr bei den Studierenden) aufbewahrt.

Datenübermittlung

Es findet eine Datenübermittlung von pseudoanonymisierten Daten an den externen Anbieter der Online-Wahl statt: POLYAS GmbH, Marie-Calm Str. 1-5, 34131 Kassel.

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten findet nicht statt.

Rechte betroffener Personen

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, sind Sie Betroffener i. S. d. DSGVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen zu:

Auskunftsrecht gemäß Art. 15 DSGVO, Recht auf Berichtigung gemäß Art. 16 DSGVO

Sie können von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, von der UDE verarbeitet werden. Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie von dem Verantwortlichen Auskunft verlangen. Kontaktieren Sie bitte das Wahlteam in den benannten Fristen, um Einsicht in die Wahllisten zu nehmen. Bei fehlerhaften Eintragungen besteht das Recht auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind. Der Verantwortliche hat die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

Die Zuordnung zu einer Wahlliste basiert auf einer automatisierten Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO. Sie können Auskunft über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung verlangen.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DSGVO

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

1. wenn Sie die Richtigkeit der Sie betreffenden personenbezogenen für eine Dauer bestreiten, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;

2. die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;
3. der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
4. wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten - von ihrer Speicherung abgesehen - nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von dem Verantwortlichen unterrichtet bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

Recht auf Löschung gemäß Art. 17 DSGVO

a) Löschungspflicht

Sie können von dem Verantwortlichen verlangen, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, diese Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

1. Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
2. Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
3. Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder Sie legen gem. Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
4. Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
5. Die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
6. Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.

b) Information an Dritte

Hat der Verantwortliche die Sie betreffenden personenbezogenen Daten öffentlich gemacht und ist er gem. Art. 17 Abs. 1 DSGVO zu deren Löschung verpflichtet, so trifft er unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass Sie als betroffene Person von ihnen die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt haben.

c) Ausnahmen

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

1. zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;
2. zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;
3. aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h und i sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO;
4. für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das unter Abschnitt a) genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
5. zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Recht auf Unterrichtung gemäß Art. 19 DSGVO

Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend gemacht, ist dieser verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Ihnen steht gegenüber dem Verantwortlichen das Recht zu, über diese Empfänger unterrichtet zu werden.

Recht auf Datenübertragbarkeit gemäß Art. 20 DSGVO

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie dem Verantwortlichen bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten.

Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen;

Der Verantwortliche verarbeitet die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO

Sie können Ihre Einwilligung zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten nur mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Da ein Löschwunsch nur für solche Daten erfüllt werden kann, die Ihrer Person in eindeutiger Weise zugeordnet werden können, ist eine Rücknahme Ihrer Stimmabgabe nicht möglich.

Automatisierte Entscheidung im Einzelfall einschließlich Profiling gemäß Art. 22 DSGVO

Sie haben das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung - einschließlich Profiling - beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die Ihnen gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder Sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt. Dies gilt nicht, wenn die Entscheidung

1. für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrags zwischen Ihnen und dem Verantwortlichen erforderlich ist,
2. aufgrund von Rechtsvorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten, denen der Verantwortliche unterliegt, zulässig ist und diese Rechtsvorschriften angemessene Maßnahmen zur Wahrung Ihrer Rechte und Freiheiten sowie Ihrer berechtigten Interessen enthalten oder
3. mit Ihrer ausdrücklichen Einwilligung erfolgt.

Hinsichtlich der in (1) und (3) genannten Fälle trifft der Verantwortliche angemessene Maßnahmen, um die Rechte und Freiheiten sowie Ihre berechtigten Interessen zu wahren, wozu mindestens das Recht auf Erwirkung des Eingreifens einer Person seitens des Verantwortlichen, auf Darlegung des eigenen Standpunkts und auf Anfechtung der Entscheidung gehört.

Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DSGVO.